



FreibÄrger

Freibergs alternative Zeitung

Inhalt

Preis: 1/2 EURO

Nummer 57

August/September 2007

Seite 1-2

Jugend in Freiberg

Seite 3

Gewalt in der ARGE

Fahrt nach Terezin

Seite 4-6

"Linke" für Abriss

Buttolo und die Wahrheit

Seite 7

Nazis im neuen Landkreis

Seite 8-9

Nazi sieht rot! Worch weg!

Film: Oaxaca

Seite 10

Satire, Bich, Vergangenes

Seite 11-12

Tootsies & Boggle &

Sunflower

Editorial

"Trink, trink Brüderlein trink, lass doch die Sorgen zu Haus" dichtete der Komponist Wilhelm Lindemann 1927. Sein Lied ist noch heute ein Stimmungsbringer an bierseligen Abenden. In den Leserbriefspalten der "Freien Presse" verurteilten zwei Kommunalpolitiker den Alkoholmißbrauch der Jugendlichen. Nicht rauchen, nicht trinken - die neue Ordnung in der Republik? Wie genüsslich erst die Zeiten, wenn das Profit machen unter Kuratel gestellt wird. Dann könnte die SWG nicht so rabiat mit ihren älteren MieterInnen umspringen und die Freiburger Brauerei kein Jugendfestival mehr sponsern. Selbst die kriminellen Neonazis könnten sich vor Gericht nicht mehr damit herausreden, dass sie ihre Gewalttaten unter Alkoholeinfluss begingen und das nur um dem nationalen Wohl zu fröhnen und das deutsche Kapital zu fördern. Schließlich profitieren die Wehrhahns und Oetkers vom Suff. Na denn Prost!

Die Redaktion des FbÄ

Jugend zwischen Revolte und Trunksucht?



[fbÄ] Prof. Karl-Hermann Kandler (CDU) hat sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bildungs- und Sozialausschusses des Stadtrates zur Tätigkeit der Stadt für die Jugend in einem Leserbrief in der Freien Presse zu Wort gemeldet. Seine Replik auf den Leserbrief von Konrad Nickel, in dem Stadtrat und Verwaltung aufgefordert werden, endlich nicht nur etwas für die 'Steinerne Stadt', sondern auch für die Menschen, die darin wohnen, vor allem für die Jugendlichen und jungen Familien etwas zu tun, ist voller Lob für das Engagement der Stadt und enthält doch so viel Oberflächliches und Falsches. Zunächst spielt Kandler den Jugendexperten und stellt fest: „Obwohl laut Gesetz nicht die Stadt, sondern der Landkreis finanziell und personell für die Jugendarbeit zuständig ist, leistet sich die Stadt Freiberg seit 1990 im Sozialamt ein Sachgebiet Jugend, das mit fünf Mitarbeitern besetzt ist.“ Seine Bilanz zu den in Freiberg bestehenden zehn Jugendklubs fällt ebenso positiv aus. Wichtig ist ihm, dass neun Jugendklubs von einem Verein geführt werden und einer (Würfel) direkt von der Stadt. Alle erhalten einen finanziellen Zuschuss, in diesem Jahr lässt sich die Stadt die Jugendarbeit insgesamt 464.400 Euro kosten. Als einen großen Erfolg der Jugendarbeit in Freiberg will Kandler es angesehen

Demonstration in Brand-Erbisdorf für den Erhalt von selbstverwalteten Jugendklubs 2003

Ohne Kommentar

... und jetzt das Allerbeste



Wir laden herzlich ein zum großen Volksfest Alltagskultur ab dem 22. Bergstadtfest in Freiberg. *Vom 19. bis 24. Juni 2007* Lassen Sie sich ein herrliches Bergfest mit traditioneller Alltagskultur, einer lebendigen Geschichte, einem herrlichen Stand mit handgemachten Holzspielzeugen anschauen.

Sächsisch, köstlich.

Werbung in der Extra-Beilage der Freien Presse am 20. Juni

Hälfte der Händler hält sich nicht an den Jugendschutz [Freie Presse am 23. Juni]

Das Bergstadtfest hat ein Alkoholproblem 15-Jährigen mit Alkoholvergiftung eingeliefert [Freie Presse am 25. Juni]

wissen, dass es seit etlichen Jahren keine extremistischen Auffälligkeiten unter Jugendlichen gegeben hat. Hier irrt der Theologe Kandler und lässt seinem Glauben freien Lauf. Tatsache ist, dass die Gewalt von Neonazis zugenommen hat. Auch in Freiberg kann mensch das mitbekommen. Zumal Kandler als Kreistagsmitglied bei jeder Kreistags-sitzung in Gestalt des NPD-Abgeordneten Sandro Kempe, einem ausgemachten Juden – und Türkenhasser, eine „extremistische Auffälligkeit“ vor Augen hat. Nüchtern betrachtet, müsste Kandler die Dummheit seiner Leserbriefmeinung selbst erkennen. Allerdings scheint ihm immer noch nicht aufgefallen zu sein, dass die faschistoide „Junge Freiheit“ ihn als Autor mit einem Beitrag über das Papsttum führt, was in den Augen des FreibÄrgers auch eine „extremistische Auffälligkeit“ darstellt. Mit etwas politischem Weitblick müsste Kandler auch erkennen, was für Probleme mit Neonazis die „Landkreisreform“ bringen wird. Sein Hauptaugenmerk richtet Kandler auf den Alkoholkonsum der Jugendlichen, der in das Licht der Öffentlichkeit gezerrt wurde, weil ein 15jähriger beim diesjährigen Bergstadtfest eine Alkoholvergiftung erlitt. Hier lobt Kandler zunächst die Jugendsozialarbeiter, die das Bundesmodellprogramm „Halt - Hart am Limit“ in Freiberg durchführen möchten. Bierstandbetreiber, die Kindern Alkohol beim Bergstadtfest ausgeschänkt haben will er die Standgenehmigung entziehen. Ansonsten lastet er das Problem des Alkoholmissbrauchs bei Jugendlichen zuerst den Eltern an und dann will er es auch als ein gesamtgesellschaftliches Problem erkennen, bei dem ebenso die Wirtschaft gefordert ist. Ob dieser Hinweis auch dem Brauereibetreiber Esslinger gilt, der die CDU bei Wahlkämpfen schon mal unterstützt, lässt Kandler offen. Jedenfalls hat er noch nicht zum Boykott des Brauereifests aufgerufen. Eine überdurchschnittliche Abwanderung junger Leute aus Freiberg will er trotz einschlägiger Daten nicht erkennen. Zum Schluss seines Leserbriefs stimmt er



Das Bergstadtfest hat ein Alkoholproblem

dem Appell von Konrad Nickel zu: „Nicht anprangern - Veränderung schaffen!“ Also doch Revolte gegen ein konservatives, langweiliges und monton gezeichnetes Freiberg? Hätten die beiden Jugendforscher nur im Staatsbürgerkundeunterricht besser aufgepasst; dann wüssten sie, dass Friedrich Engels das Problem des Alkoholismus am Beispiel der englischen Arbeiter treffender analysiert hat. Seine Erkenntnisse lassen sich sehr gut auf den heutigen Alkoholismus anwenden. Alle Lockungen, alle möglichen Versuchungen vereinigen sich, um Jugendliche zur Trunksucht zu bringen. Das Bier zumeist das „Sternie“ ist ihnen fast die einzige Freudenquelle, und alles vereinigt sich, um sie ihnen recht nahezulegen. Sie bedürfen dringend einer Aufheiterung, sie müssen etwas haben, das ihnen die Arbeit der Mühe wert, die Aussicht auf den nächsten sauren Tag erträglich macht; seine abgespannte, unbehagliche und hypochondrische Stimmung, durch die Unsicherheit ihrer Existenz, durch ihre Abhängigkeit von allen möglichen Zufällen und ihr Unvermögen, selbst etwas zur Sicherstellung ihrer Lage zu tun, bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Sollten die Jugendlichen nicht dem Alkohol widerstehen? Im Gegenteil, es ist die moralische und physische Notwendigkeit vorhanden, dass unter den gegebenen gesellschaftlichen Um-

ständen eine sehr große Menge der Jugendlichen dem Trunk verfallen muss. Und abgesehen von den mehr physischen Einflüssen, die Jugendliche zum Trunk antreiben, wirkt das Beispiel der großen Menge - keine Veranstaltung zieht mehr Publikum als das Brauhausfest - , die vernachlässigte Erziehung, die Unmöglichkeit, die jüngeren Leute vor der Versuchung zu schützen, in vielen Fällen der direkte Einfluss trunksüchtiger Eltern, die ihren Kindern selbst Alkohol geben, die Gewissheit, im Rausch wenigstens für ein paar Stunden die Not und den Druck des Lebens zu vergessen, und hundert andere Umstände so stark, daß man Jugendlichen ihre Vorliebe für den Alkohol wahrlich nicht verdenken kann. Die Trunksucht hat hier aufgehört, ein Laster zu sein, für das man den Lasterhaften verantwortlich machen kann, sie wird ein Phänomen, die notwendige, unvermeidliche Folge gewisser Bedingungen auf ein, wenigstens diesen Bedingungen gegenüber, willenloses Objekt. Diejenigen, die die Jugendlichen zum bloßen Objekt gemacht haben, mögen die Verantwortlichkeit tragen. [vgl. Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Marx/Engels: Ausgewählte Werke (vgl. MEW Bd. 2, S. 332)]

Mit ABBA gegen Gewalt in ARGE?

[gg] „Immer häufiger kommt es zu gewalttätigen Übergriffen auf Mitarbeiter in öffentlichen Verwaltungen wie Arbeitsgemeinschaften nach Harz-IV. So zuletzt im oberfränkischen Kronach, wo ein Arbeitsloser eine Angestellte des Job-Centers niedergeschlagen und mit Aktenordnern beworfen hat.“ So berichtet der Bundesverband der Unfallkassen. Insgesamt habe es nach der Hartz-IV-Reform einen erheblichen Anstieg gewalttätiger Übergriffe auf Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen gegeben. Allein im Jahr 2005 seien 1.600 Angestellte Opfer von „externer Gewalt“ geworden und dabei so stark verletzt worden, dass sie Leistungen der Unfallkassen in Anspruch genommen hätten (FR, 3.04.07). Auf diese Entwicklung reagieren die Unfallkassen: „Um Verwaltungen und ihre Mitarbeiter bei der Gewaltprävention zu unterstützen, haben der Bundesverband der Unfallkassen und mehrere Unfall-versicherungsträger der öffentlichen Hand jetzt das Modellprojekt ABBA (Arbeitsbelastungen und Bedrohungen in Arbeitsgemeinschaften nach Hartz N) ins Leben gerufen. Ein wichtiger Baustein ist das Unternehmenskonzept ‚Gewaltfreier Arbeitsplatz‘. Bei ABBA arbeiten Aufsichtspersonen und Psychologen eng mit den Verwaltungen und Unternehmen zusammen. ... ABBA agiert auf den drei Ebenen Technik Organisation und Person.

Schon durch technische Veränderungen kann die Situation oft deutlich verbessert werden. So wird z.B. durch eine entsprechende Gestaltung des Wartebereiches eine entspannende und deeskalierende Wirkung erreicht. ... Auch eine andere Arbeitsorganisation, z.B. die Vermeidung langer Wartezeiten, kann die Situation entspannen. Und ‚schließlich können die Mitarbeiter darin geschult werden, wie sie verhindern können, dass sich gefährliche Situationen weiter aufschaukeln. Wichtig ist aber auch, dass Gewalt nicht weggeleugnet wird und dass Mitarbeiter, die Übergriffen ausgesetzt waren, nicht allein gelassen werden. ...“ Soweit der Unfallkassenverband. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Mein Vorschlag zur Deeskalation sieht anders aus: MitarbeiterInnen der ARGEn schließen sich zusammen, lassen sich von Politik und Verwaltung nicht weiter in den täglichen Kampf gegen diejenigen führen, denen dieses Gesellschaftssystem weder Arbeit noch gesichertes Einkommen bieten kann, bewilligen vielmehr den Leistungsberechtigten die ihnen zustehenden Leistungen umfassend und umgehend statt sich zur Fachkraft für Verfolgungsbetreuung und Hilfeverweigerung machen zu lassen. Schon das Bereitstellen von Berichten und Materialien aus dem Innern der Behörde - hier sagt *quer* absolute Geheimhaltung der Quellen zu



- darf als Gegenwehr verstanden werden.

*Quelle: http://www.unfallkassen.de/webcom/show_article.php/c-657/nr-1/lkm-605/i.html?PHPSESSID=c550ffb5aed45e460600e4

Gedenkstätten- Fahrt nach Theresienstadt

Die Sächsische Landjugend und der Deutsche Kinderschutzbund veranstalten im Rahmen eines Projekts gegen Rechtsextremismus eine Gedenkstätten-Fahrt nach Theresienstadt. Vom 8. bis 11. November können sich junge Leute zwischen 14 und 27 Jahren mit der Verfolgung und Ermordung der Juden durch die Nationalsozialisten auseinandersetzen. Theresienstadt wurde von 1941-45 als jüdisches Ghetto bekannt. Zeitzeugen werden mit den TeilnehmerInnen über ihr Schicksal und ihre Erfahrungen im KZ informieren. Interessierte können sich bis zum 5. Oktober bei der Sächsischen Landjugend, Schnorrstraße 70, 01069 Dresden, Telefon 0351 4715266 anmelden.

quer -Abonnement

An: *quer*, Postfach 13 63, 26003 Oldenburg
Ich bestelle *quer* für mindestens ein Jahr. Das Abo ist jederzeit kündbar.

Es soll beginnen am _____

Ich zahle für sechs Ausgaben nach Rechnungserhalt:

- € 12,50 Einzelabo für Privatpersonen (€ 9,00 + € 3,50 Versand)
- € 25,50 Einzelabo für Organisation oder SpenderIn
- € 40,50 für ein Päckchenabo (5 Expl./Ausgabe)
- € 143,00 für Aktion Eigeninitiative (20 Expl./Ausg. - nur für Inis)

Name: _____ Vorname: _____

Straße, Wohnort: _____

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

"Linke" unterstützt Abrissvorhaben!

Eine objektive Veranstaltung?

[mump, zeti] Am 19. Juni fand im SWG-Treff eine Informationsveranstaltung des Ortsvorstandes der Linkspartei zum zukünftigen "Stadtumbau" statt. Es referierte der Stadtrat Lehmann (Linkspartei) und der SWG-Geschäftsführer Sonntag, die Moderation übernahm Thomas Mittelstädt (Mitglied des Kreisvorstandes der Linkspartei). Ausführlich wurde über wirtschaftliche Sachzwänge diskutiert. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass sich durch die Folgen des SWG-Skandals die finanzielle Lage verschärft habe. Bernd Lehmann meinte, ein Erhalt z.B. der altersgerechten Wohnungen wäre nicht möglich. Zum einen gäbe es keine politische Mehrheit dafür. Zum anderen würde eine Änderung dieser Politik zu einer Aufschürfung des ganzen Stadtumbau-Paketes führen und "dann haben alle ihre Forderungen". Des Weiteren diffamierte Herr Lehmann einen Teil der Unterstützer der Proteste gegen die städtische Abrisspolitik, sie würden die Anwohner "benutzen, um ihr eigenes politisches Süppchen zu kochen." Dies ist nicht nur falsch, sondern ein eher peinlicher Versuch, die Reihen der Kritiker zu spalten. Anschließend versuchte der SWG-Geschäftsführer sein Vorgehen zu rechtfertigen, indem er behauptete, es würde so sozial wie möglich vorgegangen und es gäbe ausreichend altersgerechte Alternativen in Freiberg. Er verschwie jedoch, dass die genannten Alternativen z.T. deutlich höhere Mieten zur Folge hätte. Auch musste Herr Sonntag einräumen, dass zumindest in einigen Fällen die Kommunikation zwischen SWG und den Betroffenen unzureichend und leicht missverständlich war. Weiterhin behauptete Herr Sonntag, die altersgerechten Wohnungen seien nicht wirklich altersgerecht. Vor einigen Jahren befanden sich an den entsprechenden Häusern jedoch Schilder mit der Aufschrift "altersgerechtes Wohnen", wie einer der Zuhörer berichtete. Insgesamt werden 1000 Wohnungen abgerissen. Die Zahl der davon Betroffenen ist jedoch wesentlich größer als die Zahl der darin wohnenden Menschen. Denn abgerissen werden eben



Widerstand von Betroffenen geht weiter!

nicht fast ausschließlich "Ruinen in denen keiner mehr wohnen möchte" (so Herr Sonntag), sondern auch zahlreiche preiswerte Wohnungen. Das verringerte Angebot in diesem Mietsegment wirkt sich auch irgendwann auf die Miethöhe für verbleibende Wohnungen aus, andere Vermieter profitieren indirekt. Mensch würde eine solche Vorgehensweise eher Mitgliedern von „Haus- und Grund“ vertrauen. Man darf das Ganze nicht nur aus ökonomischer Sicht sehen, sondern man muss auch von der Perspektive der Menschen ausgehen, so ein Teilnehmer der

Veranstaltung. Sozial sei, wenn der Stadtumbau Mieter und Mietervereine einbindet, wenn es ein Wohnraumentwicklungskonzept gibt, das auch in Zukunft die Bereitstellung preiswerter Wohnungen sichert und wenn in leerstehenden Häusern alternative Projekte gefördert werden. Die SWG sagt, sie wolle den Abriss so sozial verträglich wie möglich gestalten. Sozial geht anders, die sozial verträglichste Lösung wäre nicht der Abriss, sondern der Erhalt der altersgerechten Wohnungen.



Waren sich im Wesentlichen einig: Linke und Marcel Sonntag (SWG; Mitte). Die Freiburger Linke nimmt beim Stadtumbau und seinen Abrissvorhaben inzwischen die Positionen von Minister Buttolo (CDU) ein. Frühere Aktionsformen, von neuem Stadtvorstand Gyarmati vorgeschlagen wie das Aufsuchen und Einrassen der Häuser von Ratsmitgliedern, sind wohl endgültig vom Tisch. Man will ja mit verwalten und gestalten! Fotos: zeti

Dokumentation:

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Herrn Prof. Dr. Namysloh
über
den Staatsminister des Innern, Herrn Dr.
Buttolo
Wilhelm-Buck-Str.2
01097 Dresden

Freiberg, d.01.04.07

Abriß von benötigten altersgerechten
Wohnungen in Freiberg
Ihr Schreiben vom 08.03.07
Aktenzeichen 55-2521.10

Sehr geehrter Herr Prof. Namysloh,
für Ihre Antwort i. A. des Staatsministers
bedanke ich mich. Allerdings kann ich –
ja, können die betroffenen Bewohner –
Ihren Gedanken nicht folgen. Die Argu-
mente sind schlichtweg falsch.

1. „Nach Prüfung der Angelegenheit vor
Ort“ schreiben Sie. Die Bewohner des
Hauses Kurt-Handwerk-Str.2 konnten Ihre
Ortsbesichtigung nicht erkennen. Eine
Umfrage ergab: Keiner der Bewohner hat
Sie gesehen! Heißt „Ortsbesichtigung“
etwa nur „Freiberg“ bzw. „SWG“? Offen-
sichtlich aber nicht „Kurt-Handwerk-
Str.2“ und schon gar nicht „Bewohner
dieses Hauses“. Haben sie denn kein In-
teresse an einem Gespräch mit den Be-
wohnern gehabt? Interessiert Sie die
Bürgermeinung nicht? Diese hätten schon
gern mit Ihnen gesprochen!

2. Ist es Ihnen wirklich damit Ernst, in den
a) vorliegenden Unterlagen von 2005 (die
ja auch von Ihrem Ministerium zum
Fördermittelbeantragung nicht anerkannt
wurden und

b) in der „Fortschreibung“ (die wohl nach-
gereicht werden sollte)
eine Konzeption zu erkennen, die sich mit
Recht „Stadtentwicklungs konzeption“
nennen kann? Eine Erfassung des Bestan-
des und seine Gegenüberstellung mit Zeit-
reihen der Bedarfszahlen fehlt darin völ-
lig. Abreißen ohne den künftigen Bedarf
zu kennen? Da inzwischen in der Bundes-
republik und auch in Freiberg kleine
bezahlbare und auch solche alters-
gerechten Wohnungen immer knapper
werden, wäre gerade in diesem Feld eine
Bestandsanalyse und der künftige Bedarf
für alte bzw. alte und behinderte Men-
schen oder für Hartz-IV-Empfänger für
eine wirkliche Stadtentwicklungs-
konzeption dringend erforderlich. Denn
der Bedarf der Menschen sollte die Stadt-

Antwort auf das Schreiben des Innenministeriums

[vgl. FreibÄrger Nr. 56]

entwicklung bestimmen. Nur daraus ergäbe sich
doch bei einem qualitativ gleichwertigen – ja
besseren Überschuß in diesem Bedarfsfeld even-
tuell eine Begründung für einen möglichen
Rückbau=Abriss und der eventuelle Einsatz von
Fördermitteln. Doch das alles ist aus der „Kon-
zeption“ nicht erkennbar. Es ergibt sich der
Verdacht, dass Sie den betriebswirtschaftlichen
Begründungen der SWG – die Ihren Ursprung
und Druck in dem kriminellen Darmstadtdeal
haben, der von Freiburger verurteilten Verant-
wortlichen hausgemacht ist, – kritiklos gefolgt
sind. Ohne die Bedingungen der Darmstädter
würde der normale Menschenverstand und nor-
males Sparsamkeitsdenken eine sanfte Sanie-
rung z.B. des Hauses Kurt-Handwerk-Str.2 in
jedem Fall begründen.

3. Sie stellen eingangs fest, dass die in Rede
stehenden Wohnungen bislang „weder moder-
nisiert noch altersgerecht umgebaut“ wurden.
Das setzt dem Ganzen die Krone auf, wenn
damit nun der Abriss begründet wird. Kommt es
Ihnen nicht selber merkwürdig vor, wenn seit
dem Baujahr 1989 der Besitzer SWG keinen
Cent für die Modernisierung des Hauses ausge-
geben hat? Fallen diese eklatanten Versäumnisse
des Vermieters jetzt den alten, behinderten
Mieter auf die Füße? Heißt es nicht „Eigentum
verpflichtet?“ Darum ist diese Abrissargumen-
tation schändlich! Ja, es stimmt: Trotz Mietein-
nahmen in Höhe mehrerer Millionen • allein im
Haus Kurt-Handwerk-Str.2 war für Modernisie-
rung dieses Hauses und anderer altersgerechter
Häuser kein Cent da. Das Geld wurde in die
Modernisierung der übrigen Häuser der SWG
gesteckt – auch und vor allem wohl am Wasser-
berg. „Wo sind die Mieteinnahmen geblieben?“-
fragen die Bewohner zu Recht. „Kein alters-
gerechter Umbau“ sei erfolgt, schreiben Sie.
Obwohl die Mieter ihr Haus als altersgerecht
anerkennen und sich gerade deshalb darin wohl
fühlen, setzen Sie sich darüber hinweg. Denn
Sie, lieber Professor, wissen offenbar besser,
was den Leuten fehlt! Sie beschwören nebulöse
„Standards“, die Sie den Leuten einreden wol-
len. Außerdem Vorsicht von wegen „nicht alters-
gerecht“: Die Stadt Freiberg führt diese Woh-
nungen offiziell und schriftlich als „alters-
gerecht“! Siehe dazu auch die Antwort der Stadt
auf eine offizielle Anfrage der PDS 2006. Wer
hat denn nun Recht? Wissen sie alles besser?
Herr Professor: In Ihrer Gehaltsklasse mag das
keine Rolle spielen, aber können Sie sich Ihre
„Standards“ für ein altersgerechte 1,5 Zimmer-
wohnung zum Mietpreis von 200 • vorstellen?
Aber genau das und ihre vertraute Umgebung
wollen und können die alten behinderten Men-

schen mit knapper Rente nicht missen! Herr
Professor, „Bedarf“ entsteht doch freiwillig
in der Marktwirtschaft – oder? Nur bei
Monopolverhältnissen muß genommen und
bezahlt werden, was angeboten wird. Sie
negieren jedoch den Bedarf der Menschen
und wollen ihnen etwas aufschwätzen, be-
stimmen, was gut für sie ist.. Die SWG will
angenommene, akzeptierte bedarfsgerechte
Wohnungen der Leute wegreißen und Nicht-
akzeptiertes anbieten. Fragen sie die Leute –
richtig vor Ort, Herr Professor – was sie an
Stelle der vorhandenen Gesamtbedingungen
angeboten bekommen. Völlig unpassend!

4. Zum Argument „Wohnen im Umkreis von
verschiedenen Generationen“ Fragen Sie –
vor Ort – die alten und behinderten Leute!
Mit 80..90... will man seine Ruhe haben!
Muß man! Kindergeschrei, Musikkärm jun-
ger Leute – das nervt diese Senioren. Von
Autolärm ganz zu schweigen. Das Haus hat
dies alles nicht. Es ist angenehm ruhig – im
Haus und drum herum. Sind sie so welt-
fremd, woanders schon vorstellbare geeigne-
te Modelle für das Wohnen im Alter, die
vielleicht für 60-Jährige und junge Familien
passen können, für diese sehr alten behinder-
ten Hausbewohner anzubieten? Die Bewoh-
ner wollen das nicht!

5. Die Unterstützungsmaßnahmen der SWG
für die Bewohner sind unzureichend – den
sogenannten „Sozialplan“ von sage und
schreibe einer Seite schreibt jeder Penneler
in 5 Minuten hin. Zumal ist Umzugsunter-
stützung uninteressant, da die Bewohner nicht
ausziehen wollen und werden!! Sie lieben ihr
Haus, ihre Hausgemeinschaft und die gesam-
ten altersgerechten Bedingungen – so, wie
sie sind. Sie sind sehr zufrieden mit der
Infrastruktur und der Natur, der Stadtwald-
nähe. Sie haben einen unbefristeten Mietver-
trag und Gott sei Dank hat sich für die beson-
dere „Abrisskündigung“, die Ihr Ministeri-
um in Deutschland gerne haben will, bis hin
zum Bundesrat keine Mehrheit gefunden. Es
sieht schlecht aus, Herr Professor. Wie also
„raus mit den Mietern“? Doch nicht etwa mit
Gewalt!?! Das wollen und können sie doch
auch nicht! Sehr geehrter Herr Professor,
offensichtlich haben sie sich tatsächlich
schlecht informiert, sonst hätte Ihnen der
„Protestaufschrei“ zu denken gegeben, der
den Freiburger Blätterwald bewegte? Genügt
es Ihnen nicht, wenn sich in Freiberg ein
Netzwerk aus politischen und sozialen Orga-
nisationen und Einzelbürgern zur Unterstüt-
zung formiert hat? Wenn sich Mahnwachen
formieren, wie am 16.03.07 mit ca. 100 Teil-

nehmern vor dem Haus Kurt-Handwerk-Str.2 mit Berichterstattung im MDR-Fernsehen und MDR-Radio? Wenn die Teilnehmer des 9.Sächsischen Mietertages in Dresden am 31.3.07 – die 45.000 Mitglieder vertreten - eine Protestresolution verabschieden? Wenn ein Antrag verabschiedet wird, der Ihr Ministerium auffordert Fördermittelbescheide gründlicher zu prüfen? Wenn Frau Anke Fuchs (Präsidentin des Deutschen Mieterbundes) und der Bundesdirektor des DMB, Dr. Franz-Georg Rips, diesen ausdrücklich befördern? Wenn ein analoger Antrag für den Deutschen Mietertag in Stuttgart im Mai 2007 vorbereitet wird? Da kommt das Problem auf den Tisch der Bundesregierung! Schon jetzt stehen Bundestagsabgeordnete, wie z.B. Frau Veronika Bellmann (CDU) auf unserer Seite und sind in Kontakt mit Bundesstellen. Oder Frau Dr. Raatz (SPD), MdL und Frau Altmann (PDS) MdL und MdS - um nur einige zu nennen. Im Landtag wird es eine

offizielle Anfrage einer Partei geben. Die weitere Eskalation des Problems werden Sie nicht wollen und deshalb ist konstruktives Herangehen an die Lösung - das Sie von uns fordern - von der Stadtleitung, der SWG aber auch von Ihnen gefragt. Es geht um das Finden von Alternativen zum Abriss, das Vermeiden eines noch größeren Skandals, der jetzt schon besteht. Es geht auch um eine wirkliche Stadtentwicklungskonzeption. Im Interesse dieser alten behinderten Mieter und auch künftiger Senioren generationen in Freiberg! Darum erbitten wir nochmals bei allem Argumentenstreit die Unterstützung Ihres Ministeriums. Verlassen Sie bitte den Weg des Nachreden der betriebswirtschaftlichen „Argumente“ der Abreisser in Freiberg. Wohnungen sind Wirtschafts- und Sozialobjekte! Besonders wichtig ist die sofortige Einstellung des Schreiben- und Überredungsterrors der SWG und der Stadtleitung. Ich möchte nicht in Ihrer Haut stecken, wenn Mieter das nicht mehr ertragen

können, und aus Angst – und die Menschen haben große Angst - einer Kurzschlussreaktion unterliegen. Ärzte der Umgebung wundern sich schon über die tw. extrem schlechter gewordenen Befunde einiger Mieter- wie uns berichtet wurde. Kinder bangen um ihre Eltern, die zu den Bewohnern gehören, und behalten sich rechtliche Schritte vor, wenn hier was passiert. Verlassen Sie den Kreis der Verantwortlichen und bewahren sie Ihren Dienstherrn vor Ungemach. Stellen Sie sich schützend vor die Bewohner.

Herr Professor – die Lage ist ernster, als Sie vielleicht vermutet haben, als Sie den Auftrag des Prüfens von Minister Dr. Buttolo bekommen haben.

Mit freundlichen Grüßen

In aller Eindringlichkeit

Dr. Mund

Vorsitzender

Dresdener Schlammgespritzer besudeln Freiberg!

Warum spricht Minister Buttolo nicht die Wahrheit?

1. Auf eine „Kleine Anfrage“ der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Nr. 9025, die vom Mieterverein Freiberg initiiert wurde, behauptet der Minister des Inneren, Dr. Buttolo:

„Vorab ist festzustellen: Barrierefreie Wohnungen sind von dem geplanten Abriß von Wohnungen im Rahmen des Stadtumbaus Ost in Freiberg nicht betroffen“.

Das stimmt nicht:

Herr Kästner z.B. aus der Kurt-Handwerk-Str. 2 ist Rollstuhlfahrer und kann über eine Rampe an der Giebelseite des Gebäudes und über 2 Fahrstühle barrierefrei die Mietsache – seine Wohnung – erreichen.

2. Auf die Kleine Anfrage Nr. 9024, Frage 2, „Wann und wo wurde dieses Konzept mit der Öffentlichkeit diskutiert und welche konkreten Ergebnisse einer etwaigen Bürgerbeteiligung flossen in das Konzept ein?“ antwortet Buttolo: „Seit 2005 wurde das Städtebauliche Entwicklungskonzept...unter Anhörung sämtlicher beteiligter Interessengruppen erarbeitet. Beteiligt waren im Bereich Wohnen auf der Vermieterseite die Städtische Wohnungsgesellschaft..., die Wohnungsgenossenschaft... und der Bauverein

Darmstadt und auf Seiten der Mieter der Mieterbund Freiberg und Umgebung...“ Das entspricht nicht der Wahrheit:

Im Gegenteil: Der Mieterverein wurde aus dem erlauchten Kreis zu der einzigen „Pressekonferenz“ in kleinem Kreis zum Abrissplan ausdrücklich als unerwünscht vom Sekretariat der Oberbürgermeisterin auf deren Weisung hin ausgeladen!

Ferner: Nur drei Vermieter stellen doch wohl in Freiberg nicht die in der Anfrage gemeinte Öffentlichkeit (!?) dar. Keine Organisationen, wie Volkssolidarität, Jahresringe, Runder Tisch, Gewerkschaften, Seniorenverbände etc. etc. waren zu dieser einzigen „Konferenz“ eingeladen. Nirgendwo sind diese wichtigen Probleme in der Freiburger Öffentlichkeit diskutiert worden. Somit konnten – sollten!!! - keine Bürgermeinungen berücksichtigt werden.

3. In letzter Zeit fiel im Zusammenhang mit den Dresdener mafiosen Problemen oft zu Recht das Wort „Regieren nach Gutsherrenart“.

Die eiskalte, überhebliche Antwort auf die Kleine Anfrage 5, Nr. 9024: „Wurden bei der „Prüfung der Angelegenheit vor Ort“ Wohnungen besichtigt und die

Bewohnerinnen und Bewohner befragt?“ mit einem einzigen gutsherrlichen „Nein:“ zeigt in erschreckendem Maße, wie abgehoben dieser Minister seinen Regierungsauftrag versteht. Mit den Betroffenen, den sehr alten und behinderten Menschen zu reden, hält er für nicht erforderlich!

Eine Schande, Herr Minister!

Mieterverein Freiberg und Umgebung e.V. und „Netzwerk für altersgerechtes Wohnen in Freiberg“

i.A. Dr. Klaus-Dieter Mund



Anschlag aufs Café Courage

[fbÄ] In der Nacht zum 27. Juli warfen bisher unbekannte Täter ein Glas mit einer ekelig riechenden Substanz in den Eingangsbereich vom Café Courage in Döbeln. Es seien auch schon mal Exkremete an die Tür geworfen worden, berichtete der Geschäftsführer gegenüber den Döbelner Nachrichten. Im vergangenen Jahr wurde der Ausleger des Cafés geklaut – ein Foto von ihm tauchte wenig später auf einer rechtsextremen Internetseite auf. Im Februar wurde das Café von Neonazis überfallen. Unter den Angreifern war nach der Auffassung der Chemnitzer Staatsanwaltschaft Tom Woost. Bei dem Überfall wurden zwei Frauen verletzt. Antifas aus Döbeln vermuten hinter den Angriff auf das Cafe Courage die "Division Döbeln", die nach Erzählungen von Nazi-Kids, die mit ihren Kenntnissen auf dem Schulhof angaben, mehrere Aktionen gegen das Café Courage planen. An dem Überfall auf eine Technoparty einen Tag später waren einige bekannte Neonazis aus Hartha/Waldheim und Leisnig beteiligt. Hier

haben sich offensichtlich Mitglieder der Naziclique um Jens Schober mit den "Freien Kräften" Jahnatal zusammengefunden.



Jens Schober ist ein seit den Neunziger Jahren im Raum Leisnig aktiver Neonazi. Ende der Neunziger saß er zunächst wegen verschiedener Delikte (gefährliche Körperverletzung bei einem Überfall auf das MigrantInnenwohnheim in Leisnig, einem mitverschuldeten Verkehrsunfall, etc.) im Gefängnis. Danach verlegte er sein Aktionsfeld nach Leipzig und Umland. Er fungiert als Anmelder von Aufmärschen, auf denen Nazi Worch als Redner auftritt. Seit Herbst 2005 tauchte Jens Schober wieder in Leisnig auf.

Anklage gegen einen Kopf von „Sturm 34“

[fbÄ] Gegen einen der Köpfe der neonazistischen verbotenen Kameradschaft „Sturm 34“ in Mittweida, Tom Woost (19) ist Anklage erhoben worden. Der Chemnitzer Oberstaatsanwalt Bernd Vogel erklärte, dass Woost gefährliche Körperverletzung in mehreren Fällen, Anstiftung zu gefährlicher Körperverletzung, das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Nötigung und Beleidigung zur Last gelegt werden. Gegen den Neonazi wird außerdem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung („Sturm 34“) ermittelt. Die An-

klageerhebung vor dem Dresdner Gericht wird schon seit Monaten angekündigt.



Tom Woost (li) bei einem Naziaufmarsch in Chemnitz

Brandanschläge in Frankenberg

[fbÄ] Seit dem 27. Juli ermittelt der Staatsschutz in Frankenberg. In der Nacht hatten Unbekannte einen Asia-Verkaufswagen in Brand gesteckt und versucht, in einer Pizzeria Feuer zu legen. In beiden Fällen liegt eine Brandstiftung vor und die ermittelnden Beamten wollen "ein ausländerfeindliches Motiv nicht ausschließen." Der Betreiber der Pizzeria wurde um vier Uhr morgens von der Polizei aus dem Bett geklingelt. Der Brandanschlag war nicht der erste Angriff auf die Pizzeria. Bereits am 20. Juni entzündeten unbekannte Täter eine Mülltonne vor dem Restaurant. Diesmal hatten es die Täter nicht geschafft, Feuer zu legen, die Polizei fand angekohlte Papierreste. Das Feuer war von selbst erloschen. Ebenfalls Freitagnacht wurde auf dem Parkplatz am Kaufland in Frankenberg Asia-Imbiss in einem umgebauten Kleintransporter abgeackelt. Hier musste die Feuerwehr, um eine größere Katastrophe zu verhindern, drei gefüllte Gasflaschen aus dem brennenden Fahrzeug holen. Im Januar 2005 brannte schon einmal ein Asia Imbiss am Kaufland völlig aus. Als Täter konnte ein 20-jähriger gefasst werden. Nach eigenen Angaben war er ehemaliges Mitglied in der neonazistischen, inzwischen verbotenen Gruppe „Sturm 34“. Das Amtsgericht verurteilte den Mann im März 2007 zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und sechs Monaten. Die Strafe wurde zur Bewährung auf zwei Jahre und sechs Monate ausgesetzt.



Nazi sieht rot

[fbÄ] „Am 02. April bedrängte eine Gruppe gewalttätiger Antifaschisten vor dem REWE-Markt in Brand-Erbisdorf einen 49jährigen Deutschen (...). Der 49jährige Deutsche wurde als NPD-Anhänger beschimpft, da er mehrmals in Brand-Erbisdorf Informationsstände der NPD betreut hatte. Mehrfach wurde das Opfer mit der Faust auf den Brustkorb im Herzbereich geschlagen und mit Füßen getreten. Bei den Angreifern handelte es sich größten-

teils um äußerlich als „Punker“ zu erkennende Personen, die einen allgemein verwahrlosten Eindruck machten.“ Dieser Bericht, der so nur noch in der BILD-Zeitung durchgehen würde, ist Teil verschiedener Anfragen des NPD-Landtagsabgeordneten Petzold an die sächsische Landesregierung. Ziel der Anfrage ist die Kriminalisierung von jungen Menschen, die sich durch den NPD-ler Kobsch aus Brand-Erbisdorf provoziert fühlen mussten und die Stilisierung von NPD-Mitgliedern als harmlose Opfer. Immerhin störte der „herzkranke“ Mann eine Mahnwache gegen den Abriss der Kurt-Handwerkstraße, wo er mit stadtbekanntem Nazi-Schlägern posierte.



Nazi-Treff Gränitz

[fbÄ] Zum gemütlichen Nazi-Treff entwickelt sich der alte Dorfgasthof in Gränitz. Dessen Besitzer Günter Deckert, ehemaliger Vorsitzender der NPD, aus der er inzwischen rausflog, hatte mehrfach bekundet, in Gränitz ein Wohnhaus einzurichten. Inzwischen tref-

fen sich dort regelmäßig Mitglieder der Jungen Nationaldemokraten (JN). Die Umbaumaßnahmen ziehen sich weiter hin. Den angrenzenden Saal bot Deckert zur Vermietung an. Offensichtlich fehlen Gelder zur Renovierung.



Worch nimmt endlich seinen Hut!

[fbÄ] Siebzehnmal war der Hamburger Neonazi Christian Worch [Foto] in den vergangenen Jahren Anmeldender von Aufmärschen in Leipzig. Nach der schwachen Teilnahme von nur 37 „Kameraden“ am 21. Juli, die er auf einen Boykott von sächsischen und thüringischen Kameradschaftsführern zurückführte, hat Worch sämtliche Anmeldungen von Aufmärschen bis 2014 abgesagt. Nach dem Reinfall in Leipzig veranstalteten die Nazis verbale Schlammschlachten in ihren Internet-Foren. Worch machte besonders Thomas Gerlach (Meuselwitz, Lkr. Altenburger Land) ein „Mitglied der Organisationsleitung“ des neonazistischen „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) und den „Freien Kameraden“ Jens Schober („Nationale Sozialisten“ Leisnig) für das Debakel verantwortlich.



Filmrezension

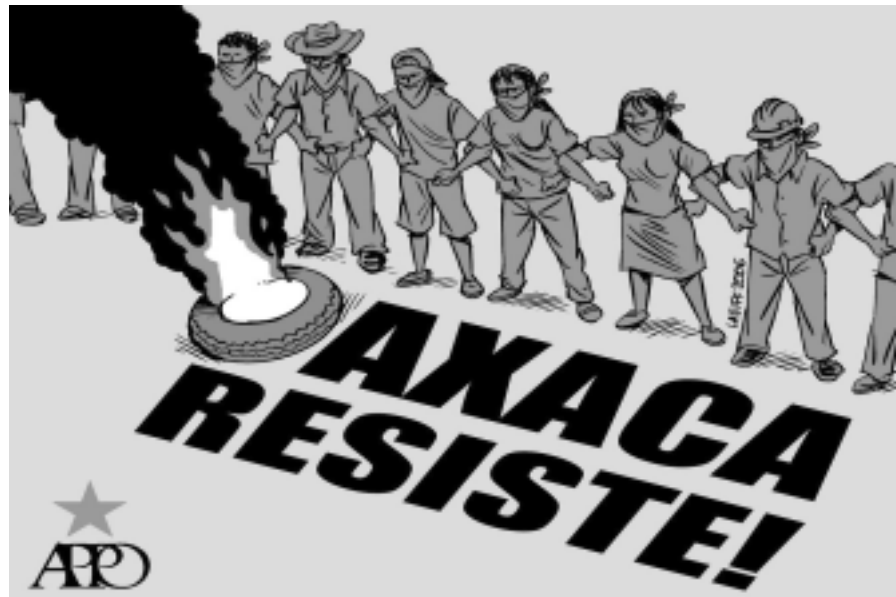
Mach mit, mach nach, mach's besser!

[mad] Fernab der Wahrnehmung der Unisonopresse kam es 2006 in Mexiko zu unglaublichen Ereignissen. In Oaxaca, einem Bundesstaat in Mexiko versammelten sich Lehrer um für höhere Löhne zu streiken und eine allgemeine Schulspeisung durchzusetzen. Was als Kampf einer einzelnen Gruppe anfang wuchs sich zu einer handfesten Revolte aus. Nach-

dem ein von Lehrern besetztes Gebäude brutal von Polizeikräften geräumt werden sollte, kam es zu einer Straßenschlacht der besonderen Art. Anstatt sich gelangweilt abzuwenden, solidarisierten sich viele Außenstehende mit den von der Polizei Angegriffenen und es bildete sich eine breite Solidaritätsbewegung mit den Lehrern. Den

Angriffen der Polizei wurde offener Widerstand entgegengesetzt. Neue Forderungen, die über die Verbesserung der Einkommenssituation und Verbesserung der Ausstattung der Schulen hinausgingen, kamen hinzu und es gründete sich eine Organisation, die den Kampf organisieren sollte, die "asamblea popular de Oaxaca" (APPO). Im Zuge des

Aufstandes in Oaxaca starben 23 Menschen, es kam zu Verhaftungen und Überfällen der Polizei, die bis heute anhalten. Im Oktober 2006 starb der Indymedia-Reporter Brad Will als er von einer Demonstration berichtete. Miriam Fischer hat nun die Ereignisse in ihrem Dokumentarfilm „Oaxaca - zwischen Rebellion und Utopie“ verarbeitet. In einfach gehaltenen Bildern schildert Fischer das Geschehene und versucht die Hintergründe aufzuzeigen. In vordergründig einfach erscheinenden Sequenzen kommen verschiedene Akteure zu Wort und es werden Bilder vom Alltag im aufständischen Oaxaca gezeigt. Die Schnörkel-losigkeit der Filmtechnik harmoniert mit der Klarsicht der Akteure. Es bedarf keiner dramatisierenden Effekte oder gar im Studio nachgestellter Szenen, um alles aufzupeppen. Die Worte der Interviewten allein, deren Schärfe und Bestimmtheit erzeugen Spannung genug. Die EinwohnerInnen wollen sich nicht mehr zufrieden geben mit der Ablösung des Gouverneurs Ulises Ruiz, der die blutigen Ausschreitungen der Polizei zu verantworten hat. Sie wollen Autonomie und Selbstverwaltung. In Anbetracht von handzahmen Gewerkschaften und völliger Abwesenheit militanter sozialer Protestbewegungen in Deutschland möchte mensch am liebsten vor Freude aus dem Kinossessel springen. Denn die Menschen in Oaxaca greifen nach den Sternen: sie wollen ein Leben ohne Gouverneur und Polizei. Was für eine schöne Vorstellung. Aber leider ist der Widerstand, wie der Film zeigt, noch nicht stark genug. Eine selbstverwaltete, autonome Insel der Glückseligen in Oaxaca wird vom Zentralstaat nicht geduldet. Nicht nur einmal begleitet die Kamera Trauermärsche, in denen Opfer der Polizei zu Grabe getragen werden. Gegen die gut organisierte, trainierte und ausgerüstete Polizei führen die EinwohnerInnen Oaxacas einen ungleichen Kampf. Mit brennenden Autoreifen versuchen sie die Überfallkommandos aufzuhalten, die nachts in die Stadt fahren, um das Sprachrohr der Aufständischen, die Radiostation, zurückzuerobern. Einige Male gelingt es, die Angriffe abzuwehren, aber auf Dauer haben die EinwohnerInnen Oaxacas nur geringe Chancen gegen diese Zermürbungstaktik. Bei aller anfänglichen revolutionären Begeisterung sind alle Akteure irgendwann erschöpft. Trotzdem ist der Film keine Revolutionsfolklore, in der mensch im Kinossessel mitfiebern kann, bei der aber trotzdem von Anfang an die süße Melancholie des Scheiterns mitschwingt. Die



Menschen in Oaxaca haben nicht nur den Anspruch ihr soziokulturelles Umfeld durch ein paar für den guten Zweck durchgeführte Aktionendemos zu bereichern, sondern sie haben konkrete Forderungen. Und sie sind dafür bereit einen hohen Preis zu zahlen. Einige opfern sogar ihr Leben. Das Verdienst des Films ist es zu zeigen, dass Selbstverwaltung durchaus nicht bloß als Steckenpferd der Nationalisten, sondern auch als Bestandteil sozialer Bewegungen gesehen werden muss, denn den Bogen von der Forderung nach Selbstverwaltung hin zu sozialen Forderungen, spannt der Film unmissverständlich. Er rückt die Ereignisse in Oaxaca in einen Kontext mit der unglaublichen neoliberalen Ausbeutung in Mexikos Sonderwirtschaftszonen, in denen keinerlei soziale Standards gelten und ArbeiterInnen der ungezügelt Willkür kapitalistischer Ausbeutung ausgesetzt sind. Die Herstellung dieses Zusammenhanges ist gleichzeitig ein Aufruf zu noch größeren Anstrengungen der progressiven Kräfte, denn obwohl es bereits viele Menschen in Oaxaca gibt, die revoltierten, die mehr zu geben bereit waren als einen Nachmittag in einer Demo, blieb deren Wirken leider begrenzt. Eine Vereinigung bzw. eine Initiierung weiterer sozialer Proteste konnte scheinbar auch die APPO leider nicht im größeren Ausmaß erreichen. Jedoch gibt es keinen belehrenden Ton im Film, denn die Erkenntnis, dass nicht nur Selbstverwaltung und Autonomie hergestellt, sondern auch die kapitalistische Ausbeutung beseitigt werden muss, diese Erkenntnis haben auch TeilnehmerInnen der Oaxaca-Revolution, die in der APPO organisiert sind. Insofern ist diese Dokumentation eben nicht nur sehenswert, weil sie die sehr interessanten, in die Unisonopresse jedoch bestenfalls am Rande wahrgenommen Ereignisse aufgreift, sondern der Vergleich mit

Kämpfen in Europa lohnt. Allein die Entschlossenheit, mit der Freiräume, wenn es sein muss auch mit Gewalt, erkämpft und verteidigt werden, lässt einen neidisch werden. Solche Zustände wünscht mensch sich des öfteren in Anbetracht der Unverfrorenheit mit der die sogenannten Arbeitgeber uns allen in die Tasche greifen. Allerdings ist es mit bloßer Revolte nicht getan. Ohne klare antikapitalistische Ausrichtung können, und das zeigt der Film auch, bestenfalls zeitweilige Fortschritte errungen werden. Der Zermürbungstaktik des organisierten Staatsapparates kann auch eine autonome oder selbstverwaltete Region nicht lange widerstehen. Die Widersprüche der kapitalistischen Ausbeutungslogik sind auch in selbstverwalteten Regionen nicht automatisch aufgehoben. Dies zeigt der Film indirekt, denn obwohl er die Solidarität in vielen Szenen dokumentiert, gibt es keine Bilder von selbstverwalteten Fabriken, Banken oder kleinen Betrieben. Die Crux ist eben, dass die kapitalistische Gesellschaft wesentlich flexibler ist, als oft gedacht. Selbstverwaltungsprojekte sind ein unverzichtbarer Bestandteil beim Kampf für eine solidarische, repressionsfreie und demokratische weil antikapitalistische Gesellschaft. Aber ohne Verbindung zu den produktiven Grundlagen einer Gesellschaft, ohne Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen können sie auf lange Sicht nicht bestehen oder sie werden früher oder später vollständig entpolitisiert und verkommen zu bloßen Kapuzenpullibiotopen. Davon scheint Oaxaca zum Glück weit entfernt.

„Oaxaca - zwischen Rebellion und Utopie“,
Miriam Fischer, 78 min, bereits angelaufen
Bild: <http://enlazamundos.blogspot.com>

Nachrichten vom anderen Stern

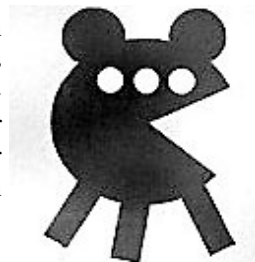
Satire

Wirr Wahr

Die Lösung: Tunnel durch Freiberg

[wirr-wahr] Das neue Stadt-Marketing bringt Bewegung in die erzenen Köpfe der Stadtverwaltung. Getreu dem Motto "Silber sei unsere Stadt" wartete die oberste Planungsbehörde mit einem neuen Plan zur Umgehungsstraße auf. "So nah wie möglich ans Silber", erklärte ein Verwaltungsgestellter, "soll der Verkehr zukünftig verlaufen!" Das würde nichts Anderes bedeuten als den Verkehr unter der Oberfläche zu leiten. Alle anderen planerischen Umsetzungen würden unnötig vom Silber weg führen. Zudem könnte eine Untertunnelung nahtlos an alte Silberstollen anknüpfen, Nebentollen könnten als Parkräume genutzt

werden. Das neue Leitsystem von Stadtplaner Reuter wäre hinfällig, die ersten 160 Tsd. Euro dafür, könnten gespart werden. Das Modell scheint der Redaktion von "Wirr wahr" mehrheitsfähig; denn beim Propagandafeldzug für die Umgehungsstraße mit dem Polit-Star Milbradt kamen nur etwa 80 Interessenten, obwohl sich der Unterschriftenaktion des Bündnisses von CDU-Mitgliedern bisher 5000 Freiburger angeschlossen haben sollen.



Lesetip am Rand: Korruption in Sachsen

[c.b] Auf dieses Buch hatte Sachsen gespannt gewartet; denn die Akten, die der sächsische Verfassungsschutz zur organisierten Kriminalität im Freistaat anlegte, sind zwar immer noch geheim und nur wenigen zum Stillschweigen verpflichteten Beamten und Abgeordneten bekannt. Endlich sollten aus den Gerüchten über Verbindungen von italienischer Mafia, Leipziger Rotlichtmilieu und skrupellosen Immobilienhändlern zur sächsischen Justiz und Politik Fakten werden und Köpfe von Verantwortlichen rollen. Die Erwartungen, die Veröffentlichung des Buches werde Klarheit in die sächsische Affäre bringen, werden enttäuscht. Nur ein Abschnitt von „Anklage unerwünscht“ spielt in Sachsen: In der sächsischen Provinz, in Plauen, beschreiben Roth, Nübel und Fromm ein ausge dehntes Beziehungsgeflecht von windigen Baunternehmern, Rotlichtgrößen sowie Amtsträgern aus Politik und Justiz. Leipzig als mögliches Zentrum der sächsischen Korruptionsaffäre wird mit keiner Silbe erwähnt und die meisten im Buch behandelten Vorgänge oder „Skandale“ sind schon Gegenstand von Ermittlungen oder Gerichts-

verfahren gewesen - also im Prinzip nichts Neues. Anhand skandalöser Fälle aus ganz Deutschland zeigt das Autoren-Trio dennoch exemplarisch die Gefährdung des Rechtsstaats durch die Erosion der dritten Gewalt (Judikative). Schuld daran sind Seilschaften mit Politikern und Wirtschaftsbossen, die es Staatsanwälten erlauben, wegzuschauen, wenn sie nicht sogar selbst verstrickt sind. Bleibt die Frage, ob der im Juli eingesetzte Untersuchungsausschuss im sächsischen Landtag unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Klaus Bartl (Die Linke) die Bevölkerung tatsächlich aufklärt.

Jürgen Roth, Rainer Nübel, Rainer Fromm (Hg.): Anklage unerwünscht. Eichborn 2007, 302 S., 19,95 Euro
 ISBN 9783821856674



Vergangen aber nicht vergessen Razzia in Gränitz

[fbÄ] Die Frankfurter Rundschau berichtete am 13. Juni 1992, dass ca. 90 Beamte in Kampfanzügen um 3.30 Uhr in die Flüchtlingsunterkunft in Gränitz eingedrungen seien. Zuvor hatten die Beamten mit heruntergeklapptem Helmvisier und Hund die Asylunterkunft umstellt. Anschließend wurde das Haus, in dem rund 45 Flüchtlinge, vor allem Familien, untergebracht waren, mit Rufen wie "Scheißasylant" und "Raus" gestürmt. Die Menschen, die zunächst an einen Überfall von Neonazis dachten, hätten versucht, die Türen zuzuhalten. Diese wurden zum Teil eingeschlagen. Der Sohn einer syrischen Familie, der die Tür geöffnet hatte, wurde ofort mit dem Schlagstock verprügelt und sein Vater in den "Schwitzkasten" genommen. Auch ein Kurde, der sich geweigert hatte, die Tür aufzumachen, wurde anschließend von Beamten zusammengeschlagen. Dabei erlitt er erhebliche Verletzungen. Frauen wurden von ihren Kindern weggerissen und - egal wie bekleidet - ins Erdgeschoss gebracht. Nach Auskunft der zuständigen Polizeidirektion in Freiberg war der Einsatz wegen dringender Verdachtsmomente auf massiv begangene Straftaten erfolgt. Kriminaldirektor Hans Schmid, Leiter der Polizeidirektion Freiberg, begründete die von ihm angeordnete Aktion damit, dass es "eine zunehmende Beunruhigung in der Bevölkerung wegen der steigenden Kriminalität durch Ausländer" gebe. Genauere Zahlen konnte Schmid der Frankfurter Rundschau nicht nennen. Darüberhinaus fand die Polizei bei der Razzia in Gränitz keinerlei Diebesgut.

Sieben Tote in Weißenborn

[fbÄ] In der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 1998 starben sieben Flüchtlinge aus dem Kosovo. Bei dem Versuch in die BRD zu flüchten wurde der Transporter mit 29 Insassen von BGS-Einheiten verfolgt. Der Fahrer aus Tschechien raste gegen eine Mauer als er aufgrund des Verfolgungsdrucks eine scharfe Rechtskurve nicht schaffte. Sieben Tote und einige z.T. schwer verletzte Flüchtlinge (die prompt abgeschoben wurden) sind inzwischen vergessen! Statt eines Gedenksteins ist in der unmittelbaren Nähe des Unglücksortes eine neue Verkehrsinsel errichtet worden. [Vgl. FreibÄrger, Nr. 5 (1998), S. 1-4]

Die Tootsies (Serie)

Papiertiger

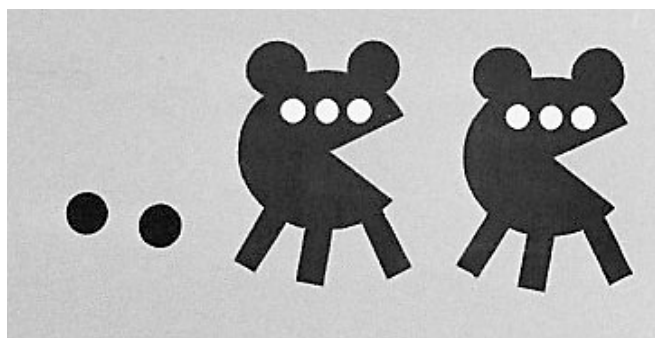
"Der soziologische Horizont der meisten Menschen", zitierte Bella-Tootsie Kurt Tucholsky, "ist klein wie der Boden einer Konservenbüchse. Sie wähen sich im Himmel. Eine neue Gesellschaftsliteratur sollte sie aus diesen schönen Träumereien reißen und ihnen die Erde zeigen, wie sie ist. Bunt, eintönig, abwechslungsreich, bis zur tödlichsten Langeweile individuell, von uralter Frische." "Ja, schön und gut", antwortete Punk-Tootsie, "aber die Herren Schriftsteller haben keine Zeit. Ha, ha, sie bauen lieber eine Nebenwelt auf." "Wow!" fiel ihm Bella-Tootsie ins Wort, "Du kennst den Tucho also auch!" "Watt denn, watt denn!" grunzte Punk-Tootsie in das Ohr von Bella-Tootsie, "meenste ich bin blöde?" "Schon gut, Alter! Lass uns für das heutige Abendbrot zum Container fahren!" Die beiden machten sich auf den Weg zum Supermarkt. Unterdessen feilte Tui-Tootsie an einem Text für ein Flugblatt. Als Vorlage für eine Kritik an der Position der neuen Linkspartei diente ihm das Pamphlet "Stadtguerilla" aus den frühen siebziger Jahren des letzten

zen Überlegungen markierte Tui-Tootsie diesen Block und löschte ihn. "Ist mir zu altmodisch, eben old school", brabbelte er vor sich hin. Der nächste Absatz gefiel ihm wegen der Kritik an orthodoxen linken Parteien und Vereinen schon besser und er baute ihn in seinen Flugblattentwurf ein. "Muss ja keiner wissen, woher ich mein Wissen habe", dachte er. "In der Papierproduktion der Organisationen erkennen wir ihre Praxis hauptsächlich nur wieder als den Konkurrenzkampf von Intellektuellen, die sich vor einer imaginären Jury, die die Arbeiterklasse nicht sein kann, weil ihre Sprache schon deren Mitsprache ausschließt, den Rang um die bessere Marx-Rezeption ablaufen. Es ist ihnen peinlicher, bei einem falschen Marx-Zitat ertappt zu werden als bei einer Lüge, wenn von ihrer Praxis die Rede ist. Die Seitenzahlen, die sie in ihren Anmerkungen angeben, stimmen fast immer, die Mitgliederzahlen, die sie für ihre Organisationen angeben, stimmen fast nie. Sie fürchten sich vor dem Vorwurf der revolutionären Ungeduld mehr als vor ihrer Korruption in bürgerlichen Berufen."

Kommissar Katzenhai durchforschte zusammen mit seiner Praktikantin Paula Schneider das alte Archiv "Mord" nach dem Stichwort Ermittlungsspannen im Keller seiner Dienststelle. Die wenigen Tage, die ihm noch mit seiner Prak-

tikantin verblieben, wollte er dafür nutzen ihr möglichst nahe zu sein. Drei Akten hatten die beiden schon beiseite gelegt. Da war der frühe Mordfall Grete Beier, der vermeintliche Treppensturz aus Gränitz und der Mordfall Emmi Zachheimer. In allen Fällen gingen der Tataufklärung rasante Ermittlungsfehler der Polizei voraus, die erst zu einer späten Überführung der Täter führten. Kommissar Katzenhai legte seine Hand auf die Schulter seiner Praktikantin Paula Schneider, ohne zu bemerken, dass er

dadurch eine für ihn typische Nougatspur auf ihr Kapuzen-T-Shirt hinterließ. Paula Schneider zuckte zusammen. "Kommissar Katzenhai, was war das für ein Fussel an der Leiche der alten Dame?" mit der Frage und einer Körperdrehung zum Aktenregal hin, versuchte sie der Annäherung Mario Katzenhais auszuweichen. "Hm!" antwortete Katzenhai, seine Hand wieder unter Kontrolle, "der stammt vermutlich von einer Holzfällerjacke wie sie in den USA massenhaft produziert werden." "Das hilft uns ungemein weiter", erwiderte Paula Schneider. "Ein Anhaltspunkt, junge Dame, ein kleiner Anhaltspunkt!" nuschte Katzenhai und machte einen Schritt weg von seiner Praktikantin. Unterdessen hatte Tui-Tootsie seine Thesen zur Kritik an der "neuen" Linkspartei fertig formuliert. Ihn störte der Generalanspruch der Partei auf alles "Linke". Diesem Anspruch konnte, kann und wird diese Partei niemals gerecht werden, war Tui-Tootsies Meinung, dazu gab es zu viele Schnittmengen mit konservativ bürgerlichen Positionen und manche Funktionäre der Partei vertraten für ihn eher einen völkischen-nationalistischen und rassistischen Standpunkt als einen emanzipatorischen, was wiederum für eine "Catch-all-Party" typisch war. „Wie gut, dass die alte Dame noch nicht eingeschert wurde!“ rief Paula Schneider Kommissar Katzenhai zu, der gerade einige Regalmeter neben ihr einen Aktenstapel entstaubte. „Wieso?“ fragte er etwas geistesabwesend zurück. In seinem Kopf kam der Gedanke auf, die „kleine Schneider“ noch zu einem Essen bei Preller einzuladen. „Wie kommen Sie darauf?“ „Nun ja, im Fall Beier, die ist vor beinahe 100 Jahren hingerichtet worden, wurde das den Ermittlern zum Verhängnis“, antwortete Paula Schneider. Eifrig blätterte sie in der Beier-Akte und begann Kommissar Katzenhai eine Passage vorzulesen: „Etwa eine Stunde nach der grausigen Tat trat der Bruder des Ermordeten, Gerichtsreferendar Karl Preßler, in das Mordzimmer. Entsetzt wich er zurück, als er seinen Bruder als



Jahrhunderts. Er scannte den Text ein und verschob die Wortblöcke nach seinem eigenen Gustus. "Wir behaupten, daß ohne revolutionäre Initiative, ohne die praktische revolutionäre Intervention der Avantgarde, der sozialistischen Arbeiter und Intellektuellen, ohne den konkreten antiimperialistischen Kampf es keinen Vereinheitlichungsprozeß gibt, daß das Bündnis nur in gemeinsamen Kämpfen hergestellt wird oder nicht, in denen der bewußte Teil der Arbeiter und Intellektuellen nicht Regie zu fahren, sondern voranzugehen hat." Nach kur-

Leiche auf der Couch liegen sah. Referendar Preßler war sofort der Überzeugung, sein Bruder habe Selbstmord begangen. Der Revolver lag neben der Leiche. Einen Schuß hatte er sich in den Mund gegeben. So handelt nur ein Selbstmörder. Auf dem Tisch lag ein Brief, der zweifellos von seinem Bruder geschrieben war. In diesem Brief bat er den Bruder um Verzeihung, daß er ihm das Schreckliche angetan habe. Auch die polizeiärztliche Untersuchungskommission gewann nach eingehender Prüfung die Überzeugung, daß Preßler Hand an sich gelegt habe. Die Leiche wurde deshalb in das Krematorium für Selbstmörder geschafft und dort eingäschert. „Dumm gelaufen!“ kommentierte Kommissar Katzenhai leise und etwas lauter zu Paula Schneider. „Wie gut, dass die Beier sich selbst verraten hat!“ Die Herrenrunde im Hotel Preller war derweil zur Höchstform aufgelaufen. Man duzte sich bei einem frisch gezapften Premium. Volker Nieheinz hatte sein neues Fördermittelzocksystem plausibel und eindringlich vorgetragen und die versammelten Brüder im Geiste hatten sich sofort zur Zusammenarbeit bereit erklärt. Der Pressevertreter Erwin Rhuk wollte schon in wenigen Tagen durch einen Artikel die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein fast unlösbares Problem der Stadtsanierung lenken. Volker Nieheinz sollte in einem Interview als Experte befragt, seine Lösungen anbieten. Die anderen Mitzecher aus der Preller-Runde versprachen die Lobby-Arbeit zu übernehmen, um etwaige argwöhnische Ratsmitglieder mit etwas Druck für die Nieheinz-Pläne zu gewinnen. Es war schon kurz vor Mitternacht als Kommissar Mario Katzenhai mit seiner Praktikantin Paula Schneider in die Bar des Hotels eintrat. Für ein gemeinsames Mahl hatten sie keine Zeit mehr, aber zu einem Absacker hatte sich Paula Schneider überreden lassen. "Wo hat er die denn aufgerissen", wandte sich Essfinger von der Brauerei an den Geschäftsführer der Gemeinen Wohnungsbaustiftung Herbert Freizieher. "Koane Ahnung!" lallte er zurück. Journalist Rhuk schärfte seinen vom Alkohol getrüben Blick. "Donnerwetter, dieser Dorfsheriff hat Geschmack", dachte er und grübelte fieberhaft, woher er das Gesicht der jungen Dame kannte. Paula Schneider fühlte sich gar nicht wohl bei all den Männerblicken und hätte gerne ihr multifunktionales Schweizer Messer aus der Tasche gezogen, das mit einer kleinen, scharfen Schere ausgerüstet war. Kommissar Katzenhai genoss die Blicke der Vertreter der Stadtelite. "Alles nur Hormonkasper" flog es ihm durch den Kopf. Er setzte sich in der hinteren Ecke der Bar an einen kleinen Tisch mit dem Rücken zur Wand und den Eingang im Blick. So, wie er es auf der Polizeischule gelernt hatte. Paula Schneider bestellte sich einen Caipirinha, sie liebte das Bittere der Limonen und Katzenhai das derb-wässrige Premium.

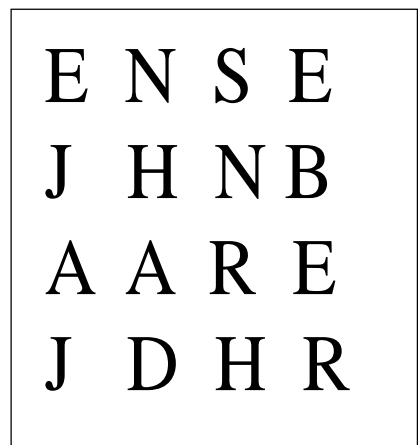
Übereinstimmungen mit real existierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.

Sunflower mit wenig Resonanz

[fbÄ] Trotz Namensänderung konnte das Sunflower Festival Ende Juli an der „Reichen Zeche“ nicht an frühere Erfolge des „Flower Power“ anknüpfen. Das neue Label lockte nur wenige Jugendliche an. Mit ca. 1000 zahlenden TeilnehmerInnen blieb die Zahl der BesucherInnen deutlich unter den Erwartungen der Veranstalter. Der obligatorische Regen tat sein übriges und die Möglichkeit der „kostenfreien“ Teilnahme wegen lückenhafter Umzäunung sorgte ebenfalls für eine klamme Kasse. Die überwiegende Zahl der TeilnehmerInnen war mit dem Angebot der Veranstalter zufrieden. Wer etwa von der Höhe der „Reichen Zeche“ auf den Versammlungsplatz schaute, konnte die gute Stimmung deutlich spüren. Ob das Festival im nächsten Jahr stattfinden kann, wird auch davon abhängen, ob es weitere Sponsoren dafür gibt und ob die Veranstalter sich mehr mit der Freiburger Jugendszene verknüpfen.

Rätsel-Eckchen

Was steckt so alles d'rin?



Boggle für alle

Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wörter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draußen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibduden gefunden wird. Wer die meisten Wörter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält einen Gutschein für einen Brunch im Antik-Cafe in der Waisenhausstraße und darf einmal richtig gut schlemmen! Das Boggle aus Nr. 56 gewann **Sabine A.** aus Freiberg. Herzlichen Glückwunsch, viel Spaß beim Brunch und allzeit "Gut Boggle!"

Impressum V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg **Anschrift der Redaktion:** FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg **e-mail:** freibaerger@gmx.net **Internet:** www.freibaerger.de **Druck & Verlag:** Eigendruck und Selbstverlag **Satz & Layout:** Katmatray, Freiberg **Erscheinungsweise:** zweimonatlich **Hinweise:** Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. **UnterstützerInnen:** Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.